

Sitzung vom 5. November 2025

**1108. Anfrage (Übergang von der Volksschule zur Berufsbildung –
Fachkräfte sichern, Gewerbe stärken)**

Kantonsrätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, hat am 25. August 2025 folgende Anfrage eingereicht:

Die Berufsbildung ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Wirtschaft und insbesondere für das Gewerbe von strategischer Bedeutung. Der Übergang von der Volksschule in die berufliche Grundbildung verläuft jedoch zunehmend unbefriedigend: Viele Jugendliche sind unzureichend vorbereitet, die Zahl der Brückenangebote steigt, und Lehrbetriebe berichten von Defiziten in der Berufswahlreife. Für das Gewerbe bedeutet dies eine Schwächung des dualen Bildungssystems und erschwerte Bedingungen bei der Rekrutierung von qualifizierten Lernenden. Eine gezielte Verbesserung der Übergangsstrukturen ist daher nicht nur bildungspolitisch, sondern auch wirtschaftlich dringend notwendig.

Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Berufswahlreife der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Sicht der gewerblichen Lehrbetriebe, insbesondere im Hinblick auf deren Ausbildungsfähigkeit und Praxistauglichkeit?
2. Welche konkreten Massnahmen bestehen, um die Zusammenarbeit zwischen Volksschulen, Berufsberatung und Lehrbetrieben zu intensivieren und praxisnäher zu gestalten?
3. Wie wird sichergestellt, dass Jugendliche frühzeitig und systematisch mit der Realität der Arbeitswelt in Kontakt kommen (z. B. durch Schnupperlehren, Betriebsbesuche, Praxiseinblicke), um die Ausbildungsbereitschaft zu fördern?
4. Welche Strategien verfolgt der Kanton, um die Zahl der Jugendlichen ohne direkte Anschlusslösung zu reduzieren und die Berufsbildung als attraktive Option für das Gewerbe zu stärken?
5. In welcher Form wird das Gewerbe in die Weiterentwicklung der Berufswahlprozesse und Übergangsstrukturen eingebunden, damit die Bedürfnisse der Lehrbetriebe besser berücksichtigt werden?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Jacqueline Hofer, Dübendorf, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Regierungsrat sieht die Berufswahlreife der Jugendlichen als Resultat eines integrierten Bildungsprozesses, der in der Volksschule beginnt und an den Berufsfachschulen (Sekundarstufe II) und in Lehrbetrieben fortgesetzt wird. Entscheidend ist dabei eine enge Verzahnung aller Beteiligten, wie sie im kantonalen Programm Volksschule Berufsbildung (VSBB) verankert ist (siehe dazu auch Bericht des Regierungsrates zum Postulat KR-Nr. 30/2022 betreffend Aktivere Information in der Volksschule für Berufswege, insbesondere Punkt I: Programm Netzwerk Volksschule–Berufsbildung).

Für das Lernen und Arbeiten in einem Lehrbetrieb gibt es keine allgemeine Leistungsnorm im Hinblick auf Entwicklungsstand und Können. Die Berufsorientierungsangebote und Beratungen im Berufsinformationszentrum zeigen den Jugendlichen auf, wo sie ihre Interessen und Fähigkeiten bestmöglich einsetzen können. Die Schnupperlehren ermöglichen den Jugendlichen und dem potenziellen Lehrbetrieb, sich vor Ausbildungsantritt gegenseitig kennenzulernen. In diesen erfahren die Jugendlichen, was auf fachlicher Stufe zur Lehre gehört und welche praktischen Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen die Betriebe von ihnen erwarten. Dieser Prozess hilft, Missverständnissen vorzubeugen und die gegenseitige Erwartungshaltung frühzeitig zu klären.

Zu Frage 2:

Im Rahmen des Programms VSBB wurden folgende Massnahmen ergriffen, um die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen entlang des Übergangs von der Volksschule in die Berufsbildung zu stärken und sie praxisnah und auf die Bedürfnisse der Jugendlichen, Schulen und Betriebe zugeschnitten zu gestalten:

- Ein kantonales Netzwerk VSBB wurde aufgebaut, das die Kommunikation und Kooperation zwischen Volksschule und Berufsbildung systematisch verbessert und langfristig sichert. Im Netzwerk werden Angebote, Massnahmen und Informationen diskutiert und eingeführt, sodass sie zielgruppengerecht und aktuell bleiben.
- Die Lehrbetriebe sind durch Schnupperlehren oder Praxisprojekte in den Berufswahlprozess eingebunden, die über das Netzwerk koordiniert und bekanntgemacht werden.

- Für die Sekundarlehrpersonen hat das Volksschulamt ein spezielles Weiterbildungsangebot «Refresher Berufliche Orientierung» an der Pädagogischen Hochschule Zürich entwickelt, um sie mit den neuesten Entwicklungen im Bildungssystem, der Berufslehre und der Begleitung von Lernenden zu unterstützen.
- In Zusammenarbeit zwischen dem Volksschulamt und dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) wurde ein Musterkonzept zur beruflichen Orientierung für Sekundarschulen erarbeitet, das konkrete Vorschläge für Abläufe und Inhalte – insbesondere für Elterninformation – enthält.
- Die Berufsberatung ist an den Schulen präsent und arbeitet mit diesen zusammen.
- Die frühzeitige und kontinuierliche Elterninformation wurde intensiviert, unter anderem durch die Erstellung eines kürzlich publizierten Erklärvideos zum Schweizer Bildungssystem durch das AJB, das bereits ab der Primarschule eingesetzt werden soll (siehe unter Link: berufswahl.zh.ch/fuer-eltern/).

Zu Frage 3:

Die frühzeitige Begegnung mit der Arbeitswelt bildet einen wesentlichen Bestandteil der kantonalen Strategie zur Berufsorientierung und -wahl und ist auch im Programm VSBB verankert. Das Thema Berufsorientierung wird bereits in der Primarschule aufgegriffen, um ein erstes Bewusstsein für verschiedene Berufsfelder zu schaffen (dies z. B. im Rahmen des Fachbereichs Natur, Mensch, Gesellschaft, 1. und 2. Zyklus, NMG 6.1 und NMG 6.2, siehe auch unter Link: zh.lehrplan.ch/lehrplan_printout.php?k=1&ekalias=o&fb_id=6&f_id=1). Ab der Sekundarstufe gibt es vielfältige Angebote wie Schnupperlehren, Betriebsbesuche und praxisorientierte Projekte. Die enge Zusammenarbeit zwischen Berufsfachschulen und Lehrbetrieben sorgt dafür, dass die Jugendlichen in der Sekundarstufe II realistische Praxiseinblicke erhalten und ihre Ausbildungsbereitschaft gezielt gefördert wird. Berufsberaterinnen und -berater begleiten die Jugendlichen individuell durch den Berufswahlprozess.

Zu Frage 4:

Die Jugendlichen werden bereits ab der Primarstufe auf die Möglichkeit einer Berufslehre aufmerksam gemacht (siehe Beantwortung der Fragen 2 und 3). Die frühe Berufsorientierung soll den Schülerinnen und Schülern möglichst fundierte Entscheidungsgrundlagen bieten und Anschlusslosigkeit vermeiden.

Jugendliche, die nach der Sekundarstufe I keine Anschlusslösung finden, können ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) machen. Das BVJ überbrückt die Zeit, die zwischen der obligatorischen Schule und der

Erstausbildung liegt. Im Rahmen von BVJ werden verschiedene Kompetenzen (persönlich, sozial, fachlich, methodisch) gefördert, die für die Berufswahl bzw. Erstausbildung elementar sind. Diese Angebote richten sich an Jugendliche, die nach der Sekundarschule keine Lehrstelle gefunden haben oder für die eine Berufswahl noch zu früh ist.

Ausserdem werden laufend neue Angebote entwickelt, um Einstiegsmöglichkeiten in die berufliche Grundbildung möglichst niederschwellig zu gestalten, so zum Beispiel die Integrationsvorlehre für junge Geflüchtete, vorläufig Aufgenommene und spät Zugewanderte und die Vorlehre für Lernende, die noch etwas mehr Zeit brauchen, um ihre schulischen Lücken zu schliessen, aber ihre Berufswahl schon getroffen haben.

Durch eine Vernetzung aller beteiligten Stellen und die enge Einbindung des Gewerbes in die Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungsangeboten wird die Attraktivität der Berufslehre erhöht und sichergestellt, dass die Ausbildung an die aktuellen Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst ist. Informations- und Sensibilisierungskampagnen sowie gezielte Elternarbeit fördern ausserdem ein positives Bild der Berufsbildung in der Gesellschaft.

Zu Frage 5:

Die Einbindung des Gewerbes wird durch verschiedene Strukturen und Massnahmen gewährleistet:

- Arbeitgeberverbände, sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene, sind in verschiedenen Gremien vertreten.
- Für jede Kommission für Berufsentwicklung und Qualität sind die Vertretungen der Verbände in der Bildungsverordnung festgehalten. So wird sichergestellt, dass bei der Überprüfung und Überarbeitung von bestehenden Bildungsverordnungen die Verbände und die Wirtschaft einbezogen werden.
- Durch das Netzwerk VSBB wird der Dialog zwischen Wirtschaft, Schulen und Berufsberatung zusätzlich gefördert.
- Lehrbetriebe sind unmittelbar in die Berufswahlprozesse eingebunden, z. B. durch Schnupperlehren, Betriebsbesuche und Mitwirkung an praxisbezogenen Schulprojekten. Es werden regelmässig Tage der offenen Tür angeboten, bei denen verschiedene Lehrberufe entdeckt werden können.
- Das Gewerbe beteiligt sich aktiv an der Öffentlichkeitsarbeit und an Informationskampagnen, um die Attraktivität der Berufsbildung zu stärken.
- Die Initiative «Lehrberufe Live!» ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Berufsverbände, Lehrbetriebe, Elternvertretungen und Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungen aus mehreren Kantonen

(siehe unter Link: lehrberufe-live.ch/). Es ermöglicht Jugendlichen, verschiedene Berufsbilder kennenzulernen und sich direkt mit den beteiligten Stellen auszutauschen. Durch die Integration in den Unterricht und die einfache Zugänglichkeit kann die Plattform als ein wirksames Werkzeug in der beruflichen Orientierung genutzt werden.

- Die Berufsmesse Zürich bietet den Schülerinnen und Schülern eine weitere Möglichkeit, sich mit ihrer Berufswahl auseinanderzusetzen. Sie fördert den Austausch zwischen den Lehrbetrieben, Eltern, Lehrpersonen und Berufsberatung, was zu einer besseren Abstimmung der Übergangsprozesse von der Schule in die Berufsbildung beiträgt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli